

II-6110 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

GZ 10.000/41-Par1/92

Wien, 25. Mai 1992

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

2700 IAB

1992 -05- 26

Parlament
1017 Wien

zu 2789 JJ

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 2789/J-NR/92, betreffend Ferienordnung und 5-Tage-Woche, die die Abgeordneten Mag. Karin PRAXMARER und Genossen am 9. April 1992 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

1. Welche Stellung nehmen Sie zu der in Punkt 1 und 2 geänderten Kritikpunkte ein?

Antwort:

Die Ablehnung der Änderung der bisherigen Ferienregelung und der 5-Tage-Woche in der Befragung war das gute Recht des Schulgemeinschaftsausschusses des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Leoben, die Formulierung "Pädagogischer Nonsens" läßt allerdings auf keine besonderen Argumente für diese Ablehnung schließen.

Auch die unter Punkt 1 des Bundesgymnasiums und Bundesrealgymnasiums Leoben zitierten Argumente sind zum Teil schwer nachvollziehbar. Selbstverständlich sollte ein wesentlicher Gesichtspunkt der maximale Erholungswert für die Schüler sein, und die Tatsache der Feriarbeit sollte natürlich Berücksichtigung finden. Zuzustimmen ist auch der Überlegung, daß pädagogische Aspekte wichtiger sind als die Forderungen der Wirtschaft. Genau das war auch der Grund, warum die Erhebung an die Schulgemeinschaftsausschüsse bzw. Schulforen gerichtet war,

- 2 -

um eben die tatsächlich Betroffenen an den einzelnen Schulen zu befragen. Diese Vorgangsweise unterschied die Erhebung meines Ressorts auch von anderen Umfragen, welche eben nur Einzelinteressen berücksichtigten (wie zum Beispiel die zitierte Umfrage unter Lehrern).

Mit Eltern-, Schüler- und Lehrervertretungen hat es sowohl vor Beginn der Erhebung als auch während der Erhebung Gespräche gegeben; auf Informationen der Medien hat das Bundesministerium für Unterricht und Kunst allerdings keinen Einfluß.

An eine "Anpassung an andere westeuropäische Systeme" im Sinne einer Angliederung war übrigens nie gedacht.

Die Aussage, daß die Schulgemeinschaftsausschüsse bzw. Schulforen nur zu "Kreuzlschreibern" degradiert hätten werden sollen, muß ich massiv zurückweisen, da der Fragebogen sehr wohl inhaltliche Festlegungen abfragte und außerdem ein Punkt zur verbalen Beschreibung eigener Vorstellungen zur Ferienregelung vorgesehen war.

2. Welche Konsequenzen werden Sie aus den geänderten Kritikpunkten für die Zukunft ziehen?

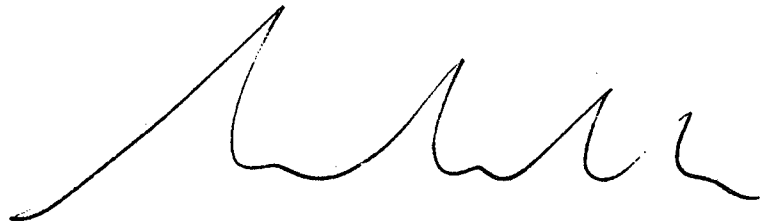
Antwort:

Konsequenzen aus den inzwischen vorliegenden Ergebnissen der Befragung, deren Zusammenfassung in der Beilage übermittelt wird, wird einerseits die Schaffung der Möglichkeit zur Einführung der 5-Tage-Woche durch die einzelnen Schulen, die dies wünschen, sein (Änderung des Schulzeitgesetzes), und andererseits gehen die Überlegungen bezüglich der Ferienregelung in die

- 3 -

Richtung, den Bundesländern eine Woche zur eigenen Disposition zu überlassen, um den regional zum Teil sehr unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht werden zu können. Genauere Festlegungen in dieser Frage werden in einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, der Landesschulräte und von Lehrer-, Eltern- und Schülervertretern erarbeitet.

Beilage

A handwritten signature in black ink, consisting of a series of connected, fluid strokes. The signature is positioned to the right of the word 'Beilage'.



BUNDESMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KUNST

Ergebnisse der Befragung zu den Themen Ferienregelung und Fünf-Tage-Woche

Zur Sondererhebung über Änderungen der Ferienregelung und Einführung der Fünf-Tage-Woche liegt nunmehr das Endergebnis vor. Die Erhebungsbögen wurden an 6.060 Schulen ausgesendet, Rücksendungen sind von 5.719 Schulen (= 94%) eingelangt. Davon konnten die Antworten von 4.701 Schulen (82%) zur Ferienregelung und von 5.181 Schulen (91%) zur Fünf-Tage-Woche EDV-mäßig bearbeitet werden. Ausgewertet wurde einerseits nach Bundesländern, andererseits nach den Schularten Volks-, Haupt-, Sonderschule, selbständig geführter Polytechnischer Lehrgang, Allgemeinbildende höhere Schule (AHS), Berufsschule und Berufsbildende und Lehrerbildende mittlere und höhere Schule (BMHS/LMHS).

Ferienregelung

Österreichweit sprechen sich 71,3 % der Schulen für die Beibehaltung der geltenden Ferienordnung aus. 14,0% wünschen die Einführung einer Herbstferienwoche bei entsprechender Kürzung der Sommerferien. Die Abschaffung der Semesterferien wird lediglich von 3,7% befürwortet. 15,7% schlagen andere Änderungen vor. (Beim Punkt Ferienregelung waren Mehrfachnennungen möglich.)

Auffällig zeigen sich hier regionale Unterschiede zwischen Ost- und Westösterreich (siehe Grafik ST2105C). So ist z.B. der Anteil der Schulen, die sich für eine Änderung der Ferienregelung aussprechen, in Vorarlberg mehr als doppelt so hoch wie in Wien oder in Niederösterreich.

Eine gesonderte, nicht EDV-unterstützte Auswertung wurde bei 1.249 Rückmeldungen vorgenommen, weil sie textliche Angaben enthielten.

Davon gab es bei 566 Bögen nur textliche Aussagen (Punkt 4 des Fragebogens), wobei in 443 Rückmeldungen eine Verkürzung der Hauptferien (in verschiedenen Varianten) gefordert wurde. 95 Bögen zeigten Änderungsvorschläge mit Beibehaltung der Hauptferien, 28 konnten nicht eindeutig zugeordnet werden. Bei 475 Bögen wurde "Beibehaltung der geltenden Ferienordnung" mit "Andere Änderungen der bestehenden Ferienregelung" (Punkt 1 und Punkt 4 des Fragebogens) kombiniert - in der EDV-Auswertung wurde gleichzeitiges Ankreuzen aufgrund der Widersprüchlichkeit ausgeschlossen - der Großteil dieser Bögen könnte der "Beibehaltung" zugeordnet werden. Diese Zuordnung würde das Ergebnis der EDV-Auswertung zur Beibehaltung der geltenden Ferienordnung noch verstärken. In 138 Bögen waren die Punkte 2 (Herbstferienwoche) und 4 (Textaussage) angekreuzt; weitere 70 Bögen enthielten andere Varianten.

Fünf-Tage-Woche

Die Auswertung des zweiten Fragenkomplexes ergab, daß derzeit (bedingt durch die bundesweit große Zahl der Volksschulen und die überwiegend fünftägig geführten Hauptschulen in Oberösterreich) 65,2% der Schulen mit Fünf-Tage-Woche geführt werden, 6,5% der Schulen wollen von der Sechs- zur Fünf-Tage-Woche wechseln, 28,3% sprechen sich dagegen aus. Das Verhältnis von Befürwortern zu Ablehnern der Fünf-Tage-Woche beträgt somit bundesweit 1:4 an Schulen mit Unterricht an sechs Tagen. Auch hier zeigen sich bundesländerweise unterschiedliche Ergebnisse (siehe Grafik ST2105D).

Eine nähere Betrachtung verdient die Auswertung nach Schularten (siehe Grafiken ST2105A und ST2105B). Auffällig ist die sehr starke Ablehnung der Einführung der Fünf-Tage-Woche an den AHS (98,9%). Von den Schulen mit sechs Tagen Unterricht wurde nur von den lehrgangsmäßigen Berufsschulen die Einführung der Fünf-Tage-Woche mehrheitlich befürwortet.

~~Beifügen~~